

**Dringlichkeit und Antrag
einstimmig angenommen**

**Zusatzantrag
einstimmig angenommen**

GEMEINDERATSCLUB

A-8011 Graz, Rathaus

Tel 0316/872 21 30, Fax 0316/872 21 39

E-Mail: oevp.club@stadt.graz.at

GR. Ulrike BAUER

15.03.2007

DRINGLICHER ANTRAG

am 15.3.2007

Betr.: Senkung der Klassenschülerhöchstzahl - Gebäudeausbauten
Petition an die Bundes- u. Landesregierung

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl war uns als ÖVP und mir speziell als Lehrervertreterin natürlich immer ein großes Anliegen. Durch den Beschluss zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahl im Landtag haben wir im schulischen Bereich ein lang angestrebtes Ziel, zumindest ab der 1., 5. und 9. Schulstufe, erreicht.

Auch von der neuen Unterrichtsministerin Claudia Schmied wurde grünes Licht für die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen ab Herbst 2007 gegeben.

Da diese Senkung der Klassenschülerhöchstzahl natürlich auch mit erheblichen Kosten für die Stadt Graz verbunden ist, ich denke da an Gebäudeausbauten, die laut Auskunft des Stadtschulamtes an die 2 Mio. € Kosten verursachen werden, wird es ohne finanzielle Unterstützung von Bund und Land Steiermark an einigen Grazer Schulen nicht machbar sein, die Klassenschülerhöchstzahlen zu senken.

Es wurde jedoch angedacht, dass an Standorten, wo ein Ausbau aus welchem Grund auch immer, nicht realisierbar ist, zumindest das nötige Personal zur Verfügung zu stellen, dass ab dem 26. Schüler eine zweite Lehrerin/ein zweiter Lehrer in der Klasse unterrichten kann.

Im Bereich der Integration gibt es bis dato keine neue Regelung, was aber dringend notwendig ist.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1) Die Bundes- u. Landesregierung möge dafür Sorge tragen, dass die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in den Ballungszentren, sprich Städten, auch tatsächlich realisiert werden kann, da speziell in Graz bei Teilung der Klassen Schulausbauten natürlich dringend notwendig sind, um die räumlichen Voraussetzungen für die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen zu schaffen.

2) Die Bundes- u. Landesregierung möge dafür sorgen, dass im integrativen Bereich (Integrationsklassen) die Teilungszahlen auch dementsprechend angeglichen werden, damit es hier auch zu Verbesserungen für die Schulen kommen kann.

Abänderungsantrag des SPÖ-Gemeinderatsklubs

GRin Edlinger

zum Dringlichen Antrag von Frau Gemeinderätin Ulrike Bauer/ÖVP zur Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen:

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Der für das Schulressort zuständige Stadtrat Werner Miedl wird beauftragt, in Bezugnahme auf die Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen ein Schulentwicklungskonzept mit konkretem Finanzierungsbedarf zu erstellen, was die baulichen Notwendigkeiten zur Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen im Bereich der Grazer Pflichtschulen für die kommenden fünf Jahre betrifft und dieses dem Gemeinderat zur weitergehenden Beratungen bis April vorzulegen.
- 2) Nachdem seitens des Landes die Zusage vorliegt, dass für Schulen, an denen kurzfristig nicht die 25 SchülerInnen-Klassenhöchstzahl umgesetzt werden kann, weil dies aufwändige bauliche Maßnahmen erforderlich mache und diese nicht kurzfristig umgesetzt werden können, solche Klassen mit mehr als 25 SchülerInnen mit einer/einem zusätzlichen Lehrer/in auszustatten, wird Stadtrat Miedl beauftragt, umgehend die Anzahl der für solche Klassen benötigten ZweitlehrerInnen erheben zu lassen und die Ergebnisse den zuständigen Stellen in Bund und Land zu übermitteln.
- 3) Was die finanzielle Unterstützung für den allfällig erforderlichen Ausbau städtischer Pflichtschulen aufgrund der Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen betrifft, wird Stadtrat Miedl beauftragt, auf Basis des von ihm noch zu erarbeitenden Finanzierungsbedarfs mit dem für Graz zuständigen Gemeindereferenten in Verbindung zu treten.
- 4) *[Punkt 4 des Zusatzantrages ist ident mit Punkt 2 des Hauptantrages]*

**Dringlichkeit und Antrag
einstimmig angenommen**

GEMEINSAMER ANTRAG von ÖVP, SPÖ, KPÖ, GRÜNE und FPÖ

Betr.: Ankauf des Waldgebietes „Gut Eggenberg“

GR. Peter Mayr

15.03.2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Dem Grünraum und somit dem Erholungsraum kommt vor allem im urbanen Bereich besondere Bedeutung zu. In diesem Sinne ist auch bereits im Grazer StEK die umweltbewusste, vorausschauende und nachhaltige Entwicklung im Grünraum als Grundsatz festgeschrieben. Eine besonders wichtige Funktion dahingehend erfüllen Wälder innerhalb des Grazer Stadtgebietes. Durch sie wird nicht nur sichergestellt, dass die Luftqualität der Stadt erhalten bleibt, sondern durch die integrale Waldbewirtschaftung wird auch das ökologische Gleichgewicht in der Stadt gestärkt. Der integrale Waldplan zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung wurde 2001 dem Gemeinderat von Bürgermeister Nagl vorgelegt und beschlossen.

Im Juli 2005 wurden von der GBG die Verhandlungen zum geplanten Ankauf eines 225 ha großen Waldgrundstückes aus dem "Gut Eggenberg" (Plabutsch) erfolgreich abgeschlossen. Es handelt sich in diesem Fall um eine einmalige Chance, eine so große zusammenhängende Arrondierungsfläche ins Eigentum der GBG / Stadt Graz zu bekommen. Der ökologisch und ökonomisch große Wert dieses Ankaufs für die Stadt Graz auch durch Gutachten bestätigt.

Die Waldfläche hat eine wichtige Brückenfunktion zwischen den beiden Stadtwaldflächen am Buchkogel und Plabutsch und ihr Ankauf würde eine wesentliche Absicherung der natur- und umweltpolitischen Zielsetzungen der Stadt Graz bedeuten. Leider wurde der Ankauf nach dem einstimmigen Aufsichtsratsbeschluss der GBG nicht mehr dem Gemeinderat zur Beschlussfassung weitergeleitet. Die Gründe hierfür sind bisher völlig offen geblieben.

Die in einer Fragestunden-Beantwortung aus dem Mai 2006 von Stadtrat Riedler genannte notwendige Neubewertung des Grundstückes wegen umfangreicher Schlägerungen ergab sich zeitlich erst einige Monate nach dem Kaufbeschluss der GBG und war natürlich eine Folge der Ankauf-Verzögerungen. Außerdem sind seither fast zwei Jahre vergangen, die offensichtlich seitens des zuständigen Ressorts des Finanzstadtrates ungenutzt geblieben sind.

Namens der im Gemeinderats vertretenen Fraktionen von ÖVP und den Grünen stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Finanzstadtrat der Stadt Graz wird aufgefordert, dem Gemeinderat bis zur nächstfolgenden Sitzung einen Informationsbericht vorzulegen, in dem die Gründe dargelegt werden, wieso der Ankauf des 225ha großen Waldgrundstückes aus dem „Gut Eggenberg“ (Plabutschgebiet), der vom Aufsichtsrat der GBG am 1. Juli 2005 einstimmig genehmigt wurde, nicht mehr dem Gemeinderat der Stadt Graz - namentlich als dem willensbildenden Organ der Generalversammlung der GBG - zur Beschlussfassung vorgelegt wurde.
2. Der Finanzstadtrat der Stadt Graz wird beauftragt, die derzeitigen Möglichkeiten für ein Ankauf des oben genannten Waldgrundstückes zu prüfen und dem Gemeinderat ebenfalls bis zur nächsten Sitzung einen diesbezüglichen Informationsberichts vorzulegen.

**Dringlichkeit und Antrag
einstimmig angenommen**



**Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
A-8011 Graz, Rathaus**

**Telefon (0 31 6) 872-21 62
Telefax (0 31 6) 872-21 69
E-Mail gruene.klub@stadt.graz.at
Web <http://www.graz.gruene.at>**

**Dringlicher Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 15.3.2007
von GR Hermann Candussi**

Betrifft: Wald-Ankaufs-Konzept

Mit dem im Jahre 2001 vom Gemeinderat beschlossenen Waldpflegeplan besitzt die Stadt Graz einen Handlungsfaden zur Bewirtschaftung und Pflege stadtnaher Wälder, um den uns andere Städte beneiden.

Doch das beste Werkzeug hilft nichts, wenn das dazugehörige zu bearbeitende Medium fehlt. Im vorliegenden Falle sind es mehr stadteigene Waldflächen, die notwendig wären, um die Wälder im Umfeld der Stadt so zu bewirtschaften, wie dies ihrer immens wichtigen ökologischen Funktion für das Stadtklima sowie ihrem Wert als Erholungsraum entspräche.

Derzeit befinden sich nur rund 13% der Wälder im Stadtgebiet tatsächlich im Besitz der Stadt Graz. Dass die restlichen 87% überwiegend wirtschaftlich genutzt werden, ist gerade jetzt, während beispielsweise am Plabutsch, aber auch am Rieshang und in der Ragnitz großflächig geschlägert wird, nicht zu übersehen.

Da eine Änderung des Forstgesetzes, das zur Zeit zwischen „Wirtschaftswäldern und Stadt-nahen Erholungswäldern sowie so genannten „Inselwäldern“ keinen Unterschied macht, offenbar seitens der Bundesregierung nicht ernsthaft angedacht wird, bleibt der Stadt Graz wohl nur der Weg des Ankaufs größerer Waldgebiete, um zumindest den folgenden Generationen wertvollen Naherholungsraum sicher zu stellen.

Seit vielen Jahren diskutieren wir hier im Haus beispielsweise über den Ankauf großer Flächen am Plabutsch, die nunmehr nahezu kahl geschlagen sind, in mehreren Wald-Enqueten wurde der Abschluss der Kaufverhandlungen in Aussicht gestellt. Konkret geschehen ist in dieser Sache jedoch nichts.

Nun ist – spät aber doch – rasches Handeln gefragt.

Aus diesem Grund stelle ich heute namens der Fraktion der Grazer Grünen den folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen,

der Finanzreferent der Grazer Stadtregierung wird beauftragt, dem Gemeinderat bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause ein Konzept vorzulegen, dass die Wald-Ankaufs-Strategie der Stadt Graz inklusive eines möglichen Finanzierungsplanes für die nächsten 10 Jahre darlegt.

**Dringlichkeit und Antrag
 einstimmig angenommen**



**Die Grünen – Alternative Liste Graz
 Gemeinderatsklub
 A-8011 Graz, Rathaus**

**Telefon (0 31 6) 872-21 62
 Telefax (0 31 6) 872-21 69
 E-Mail gruene.klub@stadt.graz.at
 Web <http://www.graz.gruene.at>**

**Dringlicher Antrag an den Gemeinderat
 eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 15.3.2007
 von den Grünen-ALG, GR Hermann Candussi in Vertretung von Klubobfrau Sigi
 Binder und GR Bernd Schönegger (ÖVP)**

Betrifft: Augartenkino

Der Augarten hat sich mit dem KIZ, dem MUWA, dem Auschlöbl und dem KIMUS in den letzten Jahren, nicht zuletzt auch durch das gelungene EU – Projekt e.l.m.a.s, zu einem hochwertigen, kulturellen Zentrum der Stadt Graz entwickelt.

Nun bedroht nach einem hinterfragenswerten Verkaufsvorgang, der vom Stadtrechnungshof zu überprüfen ist, das geplante Bauvorhaben „Augarten Nord“ in der Grazbachgasse/Friedrichgasse den Standort des Augartenkinos massiv. Geht es nach dem Bauwerber S.O.B., soll das Kino dem an dieser Stelle geplanten Geschäfts-, Büro- und Wohnkomplex noch in diesem Jahr endgültig weichen. Die Räumungsklage wurde bereits eingereicht.

Die Abwanderung des Kinos wäre sowohl aus städtebaulicher, als auch aus kultureller Sicht ein unwiederbringlicher Verlust für die Stadt Graz und den Bezirk Jakomini. Diese Ansicht teilen Tausende Menschen, die binnen weniger Tage ihre Solidarität auf der im Internet eingerichteten, überparteilichen Unterschriftenplattform bekundet haben.

Der Gemeinderat der Stadt Graz hat sowohl aus kultureller Sicht als auch im Sinne der Stadtentwicklung die dringende Aufgabe, die drohende Absiedelung des Kinos zu verhindern.

Daher stelle ich den

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. der Gemeinderat bekräftigt die Bedeutung des erfolgreichen Augartenkino KIZ, das seit 33 Jahren wichtige Kultur-Leistungen für die Menschen erbringt und spricht sich klar für seinen Erhalt aus,
2. die zuständigen Stadträte Riedler (Finanzen, Liegenschaftsverkehr bzw. GBG), Miedl (Kultur) und Rüschi (Stadtplanung) werden ersucht, gemeinsam mit dem Bauträger SOB eine Lösung für den Verbleib bzw. die Unterbringung des Kinos im neu errichteten Gebäudekomplex in der Grazbachgasse/Friedrichgasse zu finden bzw. für den Fall, dass keine Einigung erzielt werden kann, gemeinsam mit dem Betreiber des Kinos einen anderen, zentralen und geeigneten Standort, sowie eine Übergangslösung für die Bauzeit zu finden. Zu diesem Zweck sollen beim mittlerweile vereinbarten „Runden Tisch“ am 10. April 2007 bereits konkrete Vorschläge vorgelegt werden.
3. Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, vor Beschlussfassung des aufliegenden Bebauungsplanes nochmals zu überprüfen, ob die Leitlinien des Projektes e.l.m.a.s. in dem aufliegenden Bebauungsplan ausreichend Berücksichtigung gefunden haben.

**Dringlichkeit
einstimmig angenommen**

Antrag abgelehnt



Betr.: KIZ/Augartenkino

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

DRINGLICHER ANTRAG

an den Gemeinderat

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. März 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Das KIZ/Augartenkino bürgt seit mittlerweile 33 Jahren in Graz für Qualität – als ein von den großen Verleihfirmen unabhängiges Programmkinos steht es weit über die Stadtgrenzen hinaus als Inbegriff eines Qualitätskinos, das sich nicht dem Mainstream unterwirft.

Daher wäre es ein unwiederbringlicher Verlust für Graz, wenn das KIZ seine Heimstätte im Augarten, mit dem es seit Jahrzehnten verknüpft ist, verlieren würde. Das nicht allein der städtebaulichen Akzente wegen, die in diesem Bereich im Bezirk Jakomini gesetzt werden und die man mit Fug und Recht als eine neue Kulturachse bezeichnen kann – wir stehen nicht an zu sagen, dass das KIZ im Augarten auch eine Frage der Tradition im besten Sinne des Wortes darstellt. Und gerade in Hinblick auf die unerquicklichen Diskussionen über die mangelnde bis fehlende Nachhaltigkeit des Kulturhauptstadtjahres 2003 und die Nachhaltigkeit von EU-Projekten wäre es sicher kein positives Signal, wenn das KIZ hier keinen Platz mehr vorfindet: Ist es doch auch – gerade wegen seiner Ausrichtung als Programmkinos – mittlerweile auch Spielstätte für die „Diagonale“ geworden, die am kommenden Montag, den 19. März beginnt.

Dass die neuen Eigentümer des Objekts eigene, spezielle Nutzungsüberlegungen für das von ihnen erworbene Areal haben, ist natürlich legitim. Was aber nicht daran hindern sollte, dass seitens der Stadt in einer gemeinsamen Kraftanstrengung alles versucht wird, für das KIZ/Augartenkino auch in der künftigen Nutzung seinen Platz zu gewährleisten. Und Gespräche, die Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk und Stadtrat Wolfgang Riedler in dieser Woche kurzfristig mit Spitzenrepräsentanten des neuen Eigentümers geführt hat, um doch noch eine Lösung in einer scheinbar verfahrenen Angelegenheit zu erzielen, haben gezeigt: Es gibt durchaus noch immer Möglichkeiten, den Standort Augarten für das KIZ zu erhalten – hätten die für das Kulturressort und für die Stadtplanung verantwortlichen Stadtsenatsmitglieder Werner Miedl und Gerhard Rüscher von sich aus rechtzeitig diese Gesprächsbasis mit der SOB gesucht, wäre vielleicht schon jetzt eine gute Lösung in Aussicht.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher

den dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich grundsätzlich zur Notwendigkeit des Erhaltes des KIZ/Augartenkino als ein unverzichtbares Qualitäts- und Programm kino für die steirische Landeshauptstadt.
2. Die zuständigen Stadtsenatsreferenten Gerhard Rüs ch und Werner Miedl werden beauftragt, in Fortsetzung der in dieser Woche von Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk und Stadtrat Dr. Wolfgang Riedler eingeleiteten Gespräche mit den Eigentümervertretern der SOB umgehend Gespräche zwecks Erhalts des Standortes Augarten für das KIZ aufzunehmen, um beim angekündigten „Runden Tisch“ am 10. April bereits erste Vorschläge und Überlegungen zu präsentieren, insbesondere auch in Hinblick auf die notwendige Übergangslösung (20 bis 24 Monate) während der Bauzeit.
3. Sofern mit der SOB keine Einigung erzielt werden kann, wird Kulturstadtrat Werner Miedl beauftragt, dem KIZ bei der Suche nach einem Ersatzstandort eine entsprechende Unterstützung zu bieten.

**Dringlichkeit und Antrag
einstimmig angenommen**



Betr.: Neukonzeption der Anmeldungen
für Sportamt-Ferienkurse

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

DRINGLICHER ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. März 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

So gut die Angebote des Grazer Sportamtes, was die Ferienprogramme anbelangt, auch sind – der Anmeldemodus sorgt immer wieder für Kopfschütteln bis Verärgerung. Denn dass Eltern meist schon ab 3 Uhr früh vor dem Sportamt in Liebenau dafür Schlange stehen müssen, eine der begehrten Karten zu ergattern, die es ihren Kindern ermöglicht, an einem der wirklich tollen Programmpunkte des städtischen Sportamtes teilzunehmen, ist für das 21. Jahrhundert wirklich alles andere als zeitgemäß.

Und dieser Anmeldemodus ist nicht nur nicht zeitgemäß – er benachteiligt auch manche Gruppen. Beispielsweise AlleinerzieherInnen, die sich natürlich nicht zu nachtschlafenerzeit in die Wartereihe eingliedern können, weil sie nicht ihren Nachwuchs zu Hause allein lassen können. Und dieser Anmeldemodus benachteiligt auch jene, die nicht in unmittelbarer Nähe des Sportamtes wohnen und nicht über ein Auto verfügen: Um 3 Uhr früh gibt es noch keine Öffentlichen Verkehrsmittel – und nicht jede Grazerin oder jeder Grazer, der gleichsam am anderen Ende der Stadt wohnt, kann sich so ohne weiteres die Anfahrt mit einem Taxi leisten.

Und schlussendlich gibt es noch einen Punkt, der mancherorts und aus verständlichen Gründen auf Kritik stößt. Das Motto „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ mag zwar für sportliche Wettkämpfe passend sein, wo die Ersten zu Medallenehren kommen – bei der Vergabe von Teilnahmekarten für wirklich tolle Sportangebote, die sich manche Eltern für ihre Kinder auf dem so genannten „freien Markt“ aber so nicht leisten könnten, sollte nicht bloß das Tempo entscheidend sein. Was nicht nur mir dabei fehlt, ist die Berücksichtigung von sozialen Kriterien.

In diesem Sinne halte ich es wirklich für an der Zeit, das gesamte Anmeldeverfahren für die Sportamtskurse gründlich zu überarbeiten, um einerseits wirklich allen Kindern die Chance zu bieten, an diesen attraktiven Angeboten teilzunehmen und vor allem jenen noch mehr Chancen zu eröffnen, die ein Mehr an Unterstützung brauchen. Entsprechend müssten folgende Rahmenbedingungen geändert werden:

1. Anmelde-möglichkeiten in Zukunft in allen Bezirksämtern – damit hat das Schlangestehen in Liebenau ein Ende, das wäre ein bürgerInnenfreundlicheres Modell, damit hätten auch AlleinerzieherInnen mehr Chancen, das bietet allen GrazerInnen gleiche Chancen. Technisch sollte dies durch eine Vernetzung der Bezirksämter mit dem Sportamt ja wirklich kein Problem darstellen.
2. Zweiteilung der Anmeldezeit: Der erste Anmeldetag für all jene, deren Kind(er) im vergangenen Kalenderjahr an keinem Sportamtskurs teilgenommen haben, ab dem zweiten Tag dann die „Restplatzvergabe“.
3. Einarbeitung von sozialen Kriterien bei der Platzvergabe. Um es spitz zu sagen: Das Kind einer Verkäuferin soll gegenüber dem eines Primararztes Vorrang haben, denn ich sehe es nach wie vor als Aufgabe der öffentlichen Hand an zuallererst jene Kinder zusätzlich zu fördern, deren Eltern sich vergleichbare Ferienprogramme des „freien Marktes“ nicht leisten können.
4. Bessere Koordination für den Fall, dass für ein Kind, das einen Kursplatz erhalten hat und nicht wahrnehmen kann, ein/e andere/r Bewerber/in kurzfristig diesen Platz zugesprochen erhält.

Wie gesagt: Ich halte diese Ferienangebote für wirklich großartig, und das enorme Interesse an diesen Programmen bestätigt das auch. Jedoch ist das derzeitige Anmeldesystem alles andere als zeitgemäß.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

den dringlichen Antrag,

das städtische Sportamt möge beauftragt werden, gemäß Motivenbericht eine Konzeption für ein modernes Anmeldesystem für die Ferienkurse des Sportamtes zu entwickeln, ~~das unter anderem~~

- ~~die Anmelde-möglichkeiten in den Bezirksämtern vorsieht~~
- ~~soziale Kriterien bei der Platzvergabe berücksichtigt~~
- ~~einen zweigeteilten Anmeldezeitraum (Erstanmeldetag für all jene, die im vorangegangenen Ferienprogramm keinen Platz erhielten/in Anspruchnahmen; in weiterer Folge Restplatzvergabe) beinhaltet~~
- ~~eine bessere Koordinierung bei kurzfristig freiwerdenden Plätzen enthält~~

~~und diese bis spätestens Anfang Mai dem Gemeinderat zu weiteren Beratungen vorlegen.~~

**Dringlichkeit
einstimmig angenommen**

Antrag abgelehnt



Betr.: Radwege in Graz

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

DRINGLICHER ANTRAG

an den Gemeinderat

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. März 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Vor etlichen Jahren noch hatte Graz als heimliche Fahrradhauptstadt Österreichs gegolten; ein Titel, den unsere Stadt längst wieder verspielt hat, wenn man die jüngst veröffentlichten Statistiken über Fahrradunfälle betrachtet.

Faktum ist: Entgegen vieler vollmundiger Ankündigungen, dem Radfahrverkehr in Graz – auch als wichtige umweltpolitische Alternative zum Individualverkehr – neue Impulse zu geben, wurden RadfahrerInnen in den vergangenen zehn Jahren zunehmend in eine Stiefmütterchenrolle verdrängt: Bestenfalls vielleicht noch halbherzig unterstützt, oft gerade noch geduldet – aber nicht wirklich forciert.

Was sich an drei Problemfeldern zeigt. Einerseits – also im Problemfeld Nummer 1 - gibt es nach wie vor fehlende Lückenschlüsse bei wichtigen Radfahrverbindungen: So wartet man beispielsweise im Grazer Norden nach wie vor sehnsüchtig auf den Lückenschluss des Radweges R2 zwischen Weinzödlbrücke und Obere Weid inklusive Brücke über die Eisenbahngleise. Zumal nunmehr die Errichtung des Einkaufszentrums „Shopping Nord“ läuft und diese Arbeiten mit dem Radweg-Lückenschluss kombiniert werden könnten, wäre es auch jetzt hoch an der Zeit, sich dieses Radweges anzunehmen. Ein weiteres Beispiel: Der so genannte Erich Edegger-Radweg in Mariatrost, der gleichsam im Nichts beginnt und im Nichts endet, was Anbindungen an bestehende Radwege anbelangt. Und das sind nur zwei von etlichen Beispielen für Lücken im Grazer Radwegenetz, die dringend geschlossen werden müssten: Denn solche Lücken animieren niemanden wirklich, auf das Fahrrad umzusteigen, wenn man zwischendurch dann doch wieder auf stark befahrende Straßen ausweichen muss.

Andererseits, und damit zum Problemfeld Nummer 2, stellt die zum Teil sehr mangelhafte, weil nicht sicherheitsfördernde Ausgestaltung von Radwegen eine enorme Gefahrenquelle dar; was sich ja auch in einem alarmierenden Anstieg der Unfälle mit RadfahrerInnen niederschlägt, wie erst in dieser Woche wieder das Kuratorium für Verkehrssicherheit nachwies. Denn wenn, wie das Kuratorium für Verkehrssicherheit bekannt gab, insgesamt die Zahl der Fahrradunfälle mit Personenschaden in Graz

von 2004 auf 2005 um Besorgnis erregende 18 Prozent gestiegen ist, wenn sich diese Statistik im Vorjahr noch einmal um weitere 7 Prozent verschlechtert hat, und wenn dann auch noch ein Viertel dieser Unfälle auf Radwegen erfolgt, dann kann man nicht mehr zur Tagesordnung übergehen, dann lässt sich das sicher nicht mit einer Zunahme des Radfahrverkehrs erklären – dann besteht dringender Handlungsbedarf! Und ein Blick über die Stadtgrenzen hinaus zeigt ja, wie es gehen könnte, damit Radwege auch in Graz endlich sicherer werden:

- Das beginnt bei klaren farblichen Kennzeichnungen von Radwegen, denn eine oder zwei gelbe Linien, vielleicht auch noch eingezwängt zwischen der Individualverkehrs- und der Busspur oder zwischen Kfz-Spur und Gehsteigkante sind alles andere als eine sichere Lösung. Im Gegenteil, damit werden RadfahrerInnen nur dazu verleitet, sich fälschlicherweise in Sicherheit zu fühlen.
- Überhaupt nicht sicherheitsfördernd sind auch geschotterte Radwege, die nach Regenfällen oftmals zu gefährlichen Rumpelpisten werden und den BenutzerInnen wahre Balancekünste abverlangen, damit man hier nicht zu Sturz kommt.
- Wenn Radwege über Kfz-Kreuzungen führen, mag es zwar formal richtig sein, dass RadfahrerInnen laut Straßenverkehrsordnung bei so genannten Begegnungen Vorrang haben – allerdings wage ich zu bezweifeln, dass RadfahrerInnen damit gedient ist, im Recht gewesen zu sein, wenn sie dann dennoch unter die sprichwörtlichen Räder geraten sind: Eine Entschärfung dieser Kreuzungssituationen, sei es durch klare bauliche Maßnahmen, sei es nur durch zumindest Aufstellen einer Warnampel, ist mehr als überfällig.
- Dringend notwendig weiters: eine Verbreiterung der Radwege. Paradebeispiel für ein Nadelöhr schlimmster Art ist der gemischte Rad- und Fußweg unmittelbar nach der Hauptbrücke Richtung Norden: Auf der Murseite ragen Äste in den Weg, auf der anderen Seite stehen Betontröge – und dazwischen erleben RadfahrerInnen und Fußgeherinnen in dieser gefährlichen Engstelle tagtäglich Begegnungen der dritten Art.
- Völlig unverständlich auch: Nach Schlechtwetter liegen manchmal tagelang dicke Baumäste auf den Radwegen, was auch nicht gerade zur Hebung der Sicherheit beiträgt; zumal ja auch etliche Radwege überhaupt nicht oder äußerst schlecht ausgeleuchtet sind – auch das ist ein Manko, das im Gegensatz zu Graz in vielen anderen Städten längst behoben ist.

Und das sind nur einige von vielen möglichen Maßnahmen, um die Radwege in Graz endlich sicherer zu machen.

Was das Problemfeld 3, den gemischten Rad- und Kfz-Verkehr anbelangt: Auch hier herrscht - im Städtevergleich - für Graz eklatanter Nachholbedarf. Allein was die Situation an Kreuzungen betrifft, zeigen nationale und internationale Beispiele gute Möglichkeiten, hier den Schutz der RadfahrerInnen zu erhöhen: Beispielsweise, durch Errichtung von Haltezonen für RadfahrerInnen vor dem Kfz-Verkehr.

Tatsache jedenfalls ist: Was den Radfahrverkehr in Graz betrifft, herrscht dringender Handlungsbedarf. Wenn sanfte Mobilität, wenn Verbesserung der Lebensqualität, wenn Reduzierung des Individualverkehrs nicht bloß leere Schlagworte bleiben sollen, ist Graz gefordert, rasch und vor allem professionell auf die alarmierende Entwicklung bei den Radfahrernfällen zu reagieren und entsprechende Maßnahmen zu entwickeln. Und dies in Zusammenarbeit mit internationalen ExpertInnen und mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs

den dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt gemäß Motivenbericht den städtischen Verkehrsreferenten, unter Einbindung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit sowie weiterer ExpertInnen bis Anfang Mai dieses Jahres einen Katalog mit kurz-, mittel- und längerfristig umzusetzenden Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit für RadfahrerInnen dem Gemeinderat vorzulegen.